

Wir haben festgestellt, daß für die Reparaturen von Straßen erhebliche Mittel im Haushaltplan zur Verfügung gestellt worden sind und begrüßen das. Hierzu ist schon einmal von einem früheren Finanzminister des Landes Sachsen nach dem Kriege 1918 gesagt worden: „Wir sind so arm, daß wir uns den Luxus der schlechten Straßen nicht leisten können.“ An diese Worte möchte ich erinnern. (Sehr richtig!) Es genügt nicht, daß nach Temperament und Neigung eines Straßenwärters er die Löcher mit Sand zuwirft, den der nächste Lastkraftwagen dann wieder herausdrückt. Ich glaube, daß es nur Sinn hat, diese Mittel aufzuwenden — das kostet ja auch etwas —, wenn eine gewisse Haltbarkeit in dieser Richtung gewährleistet wird. Es ist aber eine alte Erfahrung, auf die hinzuweisen in diesem Zusammenhang uns notwendig erscheint, daß, je mehr man die Straßen verlottern läßt und je weniger man zu ihrer Erhaltung tut, die Kosten um so höher werden — ich möchte beinahe sagen, sie steigen sprunghaft —, je länger man mit den notwendigen Reparaturen wartet.

Wir sind weiterhin der Ansicht, daß im Verkehr noch verschiedene Verbesserungen möglich sind, nicht zuletzt im Transportwesen. Wenn im letzten Jahre, also 1948, Millionen von Leerkilometern von Lastkraftwagen zurückgelegt worden sind, so muß ein Fehler in der Organisation vorhanden sein. Wir können es uns, angesichts des Mangels an Lastwagen, Bereifung und Treibstoffen, einfach nicht leisten, daß Transportfahrzeuge Leerkilometer fahren.

Meine Damen und Herren! Beim Ministerium für Industrie und Verkehr möchten wir darauf hinweisen, daß uns unter den Einnahmen ein Posten aufgefallen ist, der nach unserer Überzeugung nicht in dieses Ministerium, sondern in das Ministerium für Volksbildung gehört, und zwar sind das die von diesem Hohen Hause festgelegten Entschädigungsgelder bei der Enteignung der Kinos. Bei der Enteignung der Kinos ist ausdrücklich hier in diesem Hohen Hause festgelegt worden, daß die Erträge kulturellen Zwecken zugeführt werden müssen (Das steht im Gesetz! — Zuruf), und infolgedessen glaube ich, daß diese Erträge im Haushaltplan des Ministeriums für Industrie und Verkehr nichts zu suchen haben. (Sehr richtig!)

Wir sind froh, feststellen zu können, daß der Etat dieses Ministeriums von einem Zuschußplan im Jahre 1948 zu einem Überschußplan im Jahre 1949 werden wird und werden kann, und ich glaube, wir werden alle Kräfte in dieser Hinsicht zusammenzufassen haben. Auf der einen Seite werden die volkseigenen Betriebe in immer steigendem Maße produktiv arbeiten, aber auf der anderen Seite glauben wir auch, daß der Privatwirtschaft noch in stärkerem Maße als bisher die gleichen Startbedingungen gewährt werden müssen. (Sehr richtig!)

Es ist schon von meinem Herrn Vorredner darauf hingewiesen worden, daß das Problem der Warenstauung ein ernstes Problem ist, das mit allem Nachdruck gelöst werden muß. Es löst sich viel an Problemen wie Kreditgewährung usw. durch rechtzeitige Abdisponierung fertiger Waren aus den Betrieben. Es sind jetzt viele Betriebe gezwungen, an die Banken heranzugehen und um Kredite zu bitten, weil sie für 10 000 oder 100 000 DM fertige Waren am Lager haben, die, ich will mich vorsichtig ausdrücken, sie nicht absetzen können und wo der Gegenwert nicht wieder zufließt, und sie kommen dann in Schwierigkeiten, um die Löhne und Gehälter zahlen zu können. Warenstauungen in einer Zeit der Not, wie wir sie durchleben, ist etwas, was überhaupt unverständlich ist, und ich glaube, daß die Bemühungen — ich hatte gestern Gelegenheit, mit dem Herrn Ministerpräsidenten darüber zu sprechen — dahin gehen werden, die Wiederholung derartiger Vorkommnisse zu verhindern. Soweit es aber nicht geschehen ist, daß diese Fertigwaren abdisponiert worden sind, glaube ich, ist es eine selbst-

verständliche Pflicht des Staates, durch Überbrückungskredite den Betrieben die Fortführung zu ermöglichen; denn sie sind nicht schuld daran, daß die Waren bei ihnen lagern. Es ist wesentlich, daß unsere Produktion, unsere Erzeugung schon wieder dazu übergehen muß, in ganz besonderem Maße den Geschmack der Konsumenten anzusprechen. Es geht nicht mehr, daß man produziert und sagt, es wird schon abgenommen werden, das Zeug wird uns aus der Hand gerissen. Wer so produziert, hat allerdings nichts mehr in der Produktion zu tun. Es muß der Vergeudung der Rohstoffe vorgebeugt werden, indem das Beste herausgeholt wird aus dem, was wir an Rohstoffen haben. Das ist selbstverständlich. Povel zu erzeugen können wir uns als armes Volk bestimmt nicht leisten. Wir müssen den Konsumenten draußen, den Werktätigen, die Gewähr und die Sicherung geben, daß sie für ihr Geld das Bestmögliche zu kaufen in der Lage sind.

Die Stabilisierung der Preise ist ein Problem, das selbstverständlich außerordentlich bedeutungsvoll ist. Das ist auch schon von meinem Herrn Vorredner unterstrichen worden. Nur glauben wir, daß eine Stabilisierung der Preise nicht allein abhängig ist von der Produktion, sondern auch davon, daß man den Warenumsatz beschleunigt und ihn — ich möchte sagen — zunächst überhaupt ermöglicht und die Stauungen in den Betrieben in Zukunft vermeidet. Wenn Zuschüsse gegeben werden müssen, um die Preise von 1944 zu halten, so glaube ich, kann auch das nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Wir müssen dahin kommen, daß die Preise den tatsächlichen Gestehungskosten entsprechen. Aber man muß versuchen, die Gestehungskosten zu senken durch eine Möglichkeit einer rationellen Auswertung und Verwertung und rationellen Produktion. Das wird wieder möglich sein, wenn unsere Maschinenindustrie arbeitet, und wenn es wieder möglich sein wird, in ausreichendem Maße Ersatzteile für die Maschinen zu bekommen, die seit 1933 zum Teil in drei Schichten Tag und Nacht laufen mußten und dadurch ungewöhnlichem Verschleiß unterworfen sind und auch keine hochwertigen Erzeugnisse hervorbringen können. Das ist die selbstverständliche Folge. Wenn wir die Möglichkeit haben, Kunstseide aus den Westzonen in der Strumpfindustrie zu verarbeiten, und haben wesentliche über dem Durchschnitt liegende Mengen an Ausfall, an mangelhaften Qualitäten 2. und 3. Wahl, so liegt das nicht an den Werktätigen, sondern daran, daß unsere Maschinen bis zum Letzten abgearbeitet und ausgenutzt worden sind. Hier muß baldigst eine Besserung eintreten. Dazu besteht eine gewisse Hoffnung.

Wenn die Lebensmittel verbilligt werden, so ist das eine Selbstverständlichkeit, die wir begrüßen. Denn Lebensmittel, die in den Schaufenstern liegen und die wir nicht kaufen können, nützen demjenigen nichts, der Hunger hat. Das ist eine selbstverständliche Tatsache. Das ist auch eine Erkenntnis der vielen Grenzgänger, die einmal die Möglichkeit gehabt haben, sich vor einem vollen Schaufenster im Westen das Wasser im Munde zusammenlaufen zu lassen. Ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern, wie es nach 1918 gewesen ist: Volle Läden mit allen Raffinessen und Delikatessen, und der Arbeitslose stand davor und hatte nicht das Geld, um sich Brot in ausreichendem Maße zu kaufen. Damit ist es nicht getan und damit kann man das Problem nicht lösen.

Wir sind auch der Ansicht, daß das Verhältnis der Konsumentgenossenschaften zum freien Handel im Begriff ist, sich normal zu entwickeln, so wie wir es wünschen. Wir wollen nicht eine Bevorzugung des freien Handels. Wir nehmen aber auch an, daß der Konsum nicht auf eine Bevorzugung Wert legt, sondern daß er sich durch bessere Leistungen den Einfluß sichert oder zu sichern versucht, den er anstrebt. Ich glaube, aus diesem Spiel der Kräfte zwischen den Genossenschaften — einerseits,